

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz, — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 53 527



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehlhölz, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Wittelsdorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Präsen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Kopschapper

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 80 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Pettzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterhelfer einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 13

Bad Schandau, Montag, den 17. Januar 1927

71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* In den Berliner Städtischen Krankenhäusern befanden sich am Sonntag 1080 Grippekrante. Im Laufe des Sonnabends waren sieben Todesfälle zu beklagen.

* Eisenbahnkreuzer legten auf der Strecke Berlin—Frankfurt a. O. bei Erkner eine Schiene auf das Gleis. Ein Personenzug fuhr über das Hindernis hinweg, ohne Schaden zu nehmen. Auf die Ergrüfung der Täter hat die Reichsbahndirektion eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

* Die Verhandlungen zwischen dem Eisenkartell und den Vertretern der österreichischen, ungarischen und tschechoslowakischen Schwerindustrie sind, wie der Exportor meldet, zum Abschluß gelangt. Man rechnet mit dem Eintritt der drei Länder für Anfang Februar. Das ihnen zugeteilte Gesamtkontingent beläuft sich auf 2 100 000 Tonnen jährlich. Dagegen sind die Verhandlungen mit der englischen Schwerindustrie vorläufig gescheitert.

* Südafrika hat in der letzten Woche unter der ungeheuren Hitze gelitten. In Kimberley wurden 40 Grad Celsius im Schatten gemessen.

Dr. Marx soll sondieren.

Ein neuer Auftrag des Reichspräsidenten n. Reichspräsident von Hindenburg hat dem geschäftsführenden Reichstanzler den Auftrag erteilt, auf Grund des Beschlusses der Zentrumsfraktion durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen die parlamentarische Lage über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung zu klären.

Die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Marx dauerte über eine Stunde. Marx hat also zunächst die Aufgabe, mit den in Betracht kommenden Parteien Fühlung zu nehmen und festzustellen, ob eine Lösung im Sinne der Beschlüsse der Zentrumsfraktion, die „den Versuch zur Bildung einer Koalition der Mitte für den gegebenen Weg zur Beilegung der Krise“ erklärten, möglich ist. Für diesen Fall soll Dr. Marx wieder mit dem Kanzleramt beauftragt werden.

Die Reichstagsfraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei sind nunmehr zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre zum nächsten Mittwoch vor der Plenarsitzung einberufen worden.

Dr. Marx nimmt an.

Heute die ersten Verhandlungen.

Berlin, 17. Dezember. Reichstanzler Dr. Marx hat gestern Abend dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag auf Grund des vorgestrigen Zentrumsbeschlusses, in Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annehme. Dr. Marx wird demgemäß heute mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Marx sich heute zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei besprechen, um festzustellen, ob ein Rabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei tritt heute Mittag zu einer Sitzung zusammen, während die Fraktion sich erst am Mittwoch versammelt wird.

Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei kennengelernt hat.

Generale Löffberg und Haffe verabschiedet

Personalveränderungen im Reichsheer. Mit dem 1. Februar 1927 wird eine größere Verschiebung in den höheren Kommandostellen der Reichswehr eintreten. Zu diesem Zeitpunkt scheiden aus dem Heeresdienste aus: General der Infanterie von Löffberg, Oberbefehlshaber der Gruppe 1; die Generalleutnants Haffe (Ernst), Kommandeur der 5. Div. und Befehlshaber im Kreise 5; Edelbüttele, Inspektor der Infanterie.

Mit dem 1. Februar werden ernannt die Generalleutnants von Tschischwitz, Kommandeur der 2. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis 2, zum Oberbefehlshaber der Gruppe 1; Reinicke, Chef des Heeres-Personalamts, zum Kommandeur der 5. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis 5; der Generalmajor von Amsberg, Kommandeur der Infanterieschule, zum Kommandeur der 2. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis 2; die Obersten von Falkenhäuser, Kommandeur des 10. (Sächs.) Infanterieregiments, zum Kommandeur der Infanterieschule; von

Zur Reichsgründung

(18. Januar 1871.)

Von Dr. Ernst Goering.

Man hat uns Deutschen im Auslande mit mehr oder weniger Berechtigung, besonders nach dem unglückseligen Ausgang des großen Krieges, politische Untreue vorgeworfen und dabei nicht veräußert, den kurzen Bestand des Deutschen Kaiserreiches als die beste Erhärtung dieser Behauptung zu kennzeichnen. Nun, wir Volk der europäischen Mitte wissen nur zu gut, daß diese Kritik an unserer völkischen Struktur nicht völlig aus der Luft gegriffen ist und nicht jener Begründung entbehrt, die uns unerhörte Nöte der gesamten Nation mit grausamer Deutlichkeit vor Augen geführt haben. Gewiß, das deutsche Staatsbürgerturnen ist noch in den Kinderschuhen weltpolitischer Erfahrung, als am glorreichen 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles das geeinte Deutsche Reich aus der Taufe von Blut und Eisen gehoben wurde; aber fast beispiellos in der Geschichte aller Zeiten und Völker war der ungeahnte Aufschwung, den dieses Reich im Laufe weniger Jahrzehnte errang. Weit schatteten die stolzen Flügel des jungen deutschen Mars über fremde Meere und Kontinente, um dem „Volk der Dichter und Denker“, als das man uns bis dahin überall mit einem Gemisch von Mitleid, Spott und Bewunderung betrachtete, endlich die langersehnte Weltgeltung zu verschaffen. „Gebt Raum, ihr Völker, unserem Schritt!“ Das war das zielbewußte Streben, mit dem deutscher Geist und deutsche Latkraft sich den Erdball in friedlicher Durchdringung mühelos aber stetig zu erobern begannen.

Kolonien entstanden, Handel und Wandel, der engen Schranken jahrhundertrealen Partikularismus enthoben, belebten sich. Des Volkes Wohlstand wuchs, aber damit zugleich die Ueberhäufung materieller Lebensgüter. So konnte es, vorgehenwärtig man sich den Nationalcharakter unseres Volkes, nicht wundernehmen, daß gerade satter Materialismus, der dem ureigensten Wesen des auf Berinnerlichung und Irrationales gerichteten Deutschen gar nicht eignet, einen Kampf sozialer Gegensätze heraufbeschwören mußte, dessen volle Unerbittlichkeit wir erst erkannten,

als leider große Teile unseres Volkes nicht mehr dieses Reich als lebendige Idee im Herzen trugen. Erschütterungen von außen bewiesen nur, daß die Totengräber des alten Reiches nicht in feindlichen Geschühen und Armeekorps bestanden, sondern in des Volkes eigenen Reihen.

Wir denken endlich an jenes unheilvolle Wort, das einst ein Führer verblendeter deutscher Volksgenossen in dumpfer Gehässigkeit herausschleuderte: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!“ Doch wir alle kennen es gut, dieses Deutschland, dieses herrliche Deutsche Reich, um dessen Bestand Millionen und Abermillionen Deutscher Gut und Leben dahingaben.

Vielleicht mußte dieses Reich erst fast zerfallen werden, um jedem Deutschen die unumstößliche Gewißheit von seiner vergangenen Größe einzuhaunern, denn es war nichts Selbstverständliches, nichts Sattes, sondern ein von Generationen heiß gekämpftes, organisch Gewordenes, das leben wollte, und wer die reichbewegte Geschichte des deutschen Volkes genau verfolgt, wird immer wieder dem faustischen Drange begegnen, der zur Wirklichkeit gewordene Ideale nur deshalb zerstört, um sie sich „durchaus in heißem Bemühen“ als neu errungene Werte innerlich anzueignen, dieses „Erwird es, um es zu besitzen.“

Zwischen zwei Versailles Begebenheiten liegt nun ein halbes Jahrhundert deutschen Geschicks. So strahlend der Aufstieg gewesen — so niederschmetternd war der plötzliche Abstieg aus achtunggebietender Höhe. Die Zeiten freilich ändern sich und wir mit ihnen; doch festeste ruht heute wohl in jedem Deutschen der Glaube: „Das Reich muß uns doch bleiben!“ Dieses von allen Brüdern eines Blutes ersehnte und endlich geschmiedete, durch Not und Tod getragene Deutsche Reich, es lebt nach wie vor in uns. Und unsere Leiden, die wir in Jahren schwerer Prüfung um seinetwillen erduldet, sie haben die Liebe zu ihm nur geläutert und vertieft.

Stulpnagel, Kommandeur des 17. Infanterieregiments, zum Chef des Heeres-Personalamts; Ritter von Prager, Kommandeur des 10. (Bayer.) Infanterieregiments, zum Inspektor der Infanterie.

Polens Antwort an Calonder.

Ablehnung der vorgeschlagenen Schulmaßregeln.

Das polnische Minderheitenamt hat jetzt die Antwort auf die Entscheidung des Präsidenten Calonder in der Frage des Schulwesens in Ostoberschlesien fertiggestellt und der Gemischten Kommission überreicht.

In dieser Antwort stellt der Witwode zunächst fest, daß es ihm nicht möglich sei, die Ansicht des Präsidenten Calonder zu berücksichtigen. Er zweifle zwar nicht an der Unparteilichkeit und der Kompetenz des Präsidenten, jedoch müsse er mit Bedauern feststellen, daß er sich die in der Entscheidung angeführte Begründung bzw. Anempfehlung nicht zu eigen machen könne, weil sie nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Genfer Abkommens stehe.

Trotzdem er die Ansichten Calonders nicht teile, sehe er es als seine Pflicht an, die berechtigten Wünsche der deutschen Minderheiten „im Rahmen der bestehenden Schulverhältnisse“ mit der gleichen Fürsorge zu erfüllen, die alle Bewohner des Staates zu fordern hätten. In diesem Sinne und in den Grenzen der Interessen des Polnischen Staates sowie im Einklang mit dem Genfer Abkommen sei er bereit, eine Verständigung herbeizuführen und die Interessen der Minderheiten zu fördern, soweit sie die Staatsrücksichten und das allgemeine Wohl nicht verletzen. Auf einzelne Ausführungen der Entscheidung will der Witwode nicht eingehen.

Sollte sich jedoch Präsident Calonder an den Völkerverbund wenden, so verweise er darauf, daß es nur den interessierten Parteien vorbehalten sei, diese Instanz anzurufen. Der polnische Staat könne sich unmöglich mit der Interpretation Calonders einverstanden erklären, da sie unvereinbar mit den Bestimmungen des Genfer Abkommens sei.

Massenverhaftungen in Polen.

Eine weißrussische Verschwörung.

In Warschau sind drei weißrussische Sejmabgeordnete, unter ihnen der weißrussische Führer und Präsident der weißrussischen nationalen Organisation, Komada Taraszkiewicz, verhaftet. Wie vom polnischen Ministerium des Innern mitgeteilt wird, ist diese Festnahme erfolgt, weil

die drei Abgeordneten mit Geldmitteln, die ihnen von einem Nachbarstaat (wahrscheinlich Sowjetrußland) zur Verfügung gestellt worden seien, eine ausgedehnte staatsfeindliche Propaganda in Polen betreiben hätten. Bei den Festgenommenen soll man eine Reihe schwer kompromittierender Dokumente, wie Instruktionen, Chiffreschlüssel und belastende Korrespondenz gefunden haben, aus der u. a. auch hervorgehen soll, daß diese Abgeordneten für jeden von ihnen bearbeiteten Kreis je 2000 Dollar monatlich für Agitationszwecke erhalten haben. Überdies wurden Massenverhaftungen in Warschau, Bialystok, in Posen und in Posen vorgenommen, wo die polnische Polizei angeblich einen der weißrussischen Bezirksauschüsse aufdecken konnte.

Die Festnahme der drei weißrussischen Abgeordneten hat in Sejmkreisen großes Aufsehen hervorgerufen, da die Verhafteten unter dem Schutz der Immunität stehen. Wie jedoch ein Warschauer Blatt, der „Rote Kurier“, mitteilt, haben die polnischen Behörden, als sie die angeblich unzweideutigen Dokumente von der Schuld der Abgeordneten in die Hand bekamen, beschlossen, von der „sanguinigen Formalität“, die mit der Auslieferung der Abgeordneten durch den Landtag verbunden ist, abzugehen und die Verhaftung sofort vorzunehmen.

Ablehnung der deutschen Vorschläge durch das Pariser Militärkomitee!

Paris, 17. Januar. Die Pariser Sontagspresse läßt durchblicken, daß die deutschen Vorschläge nicht in allen Punkten als befriedigend erachtet werden. Man hält es aber zu wenig wahrscheinlich, daß die Vorschläge insgesamt zurückgewiesen werden, da man bis zum 31. Januar noch entsprechende Abänderungsformeln finden könne. Bertinaz, das Sprachrohr Poincarés und der französischen Militärkreise, erklärt im Echo de Paris, daß Marshall Foch und seine Mitarbeiter trotz verschiedener Beschränkungen — ein Seitenhieb auf Briand — die deutschen Vorschläge für ungenügend halten, aber kein Gegenprojekt vorlegen würden. Es sei Aufgabe der deutschen Unterhändler, wenn es ihnen gutdünke, neue Vorschläge zu machen. Besonders bedrohlichen Charakter, so schreibt Bertinaz, hätten die 85 betonierten Unterstände an der deutsch-polnischen Grenze (1). Die von General Pawelzj am Freitag gegebene Auslegung des Art. 180 sei